

M 04.1.05 - Fast ein Viertel aller Jugendlichen in der EU ist arbeitslos.

© Filippo Monteforte/AFP/Getty Images



Studenten bei einer Demonstration in Rom (Archivbild)

1. Zur Situation

Fünfeinhalb Millionen junge Menschen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren waren in diesem März in der Europäischen Union arbeitslos, ganz genau: 5,516 Millionen. Das entspricht einer Quote von 22,6 Prozent. Jugendliche sind damit doppelt so hart von Arbeitslosigkeit betroffen wie Ältere (die Quote aller Altersklassen liegt bei 10,2 Prozent, ebenfalls ein Rekordwert). Es sind junge Menschen wie der Schulabbrecher Yassine aus der Pariser Banlieue, die Slowakin Nikoletta, die voller Hoffnung Kulturwissenschaften studiert hat, oder Jessica aus Rom, die noch immer bei den Eltern wohnt. Jeder von ihnen hat seine Hoffnungen und Handicaps. Alle haben sie den Wunsch, endlich anfangen zu können. Endlich ihr eigenes Leben zu beginnen.

Doch die enorme Zahl steht nicht nur für die Summe vieler persönlicher Geschichten. Die 5,516 Millionen verweisen auf eine fundamentale Ungerechtigkeit. Denn die Jungen, die heute keine Arbeit finden, zahlen doppelt und dreifach. Sie sind die Leidtragenden einer Krise, die sie nicht verschuldet haben; sie werden später, wenn sie Arbeit finden, für Schulden bezahlen, mit denen andere ihre Sorgen verdrängt haben; und sie werden immer weniger sein als die Alten, die immer älter werden.

Jugendarbeitslosigkeit in einer alternden Gesellschaft ist nicht irgendein politisches Problem. Sie ist ein Wahnsinn.

Junge Arbeitnehmer oder Arbeitssuchende haben es besonders schwer, weil Unternehmen in Krisenzeiten keine neuen Mitarbeiter einstellen und meist diejenigen zuerst entlassen, die erst kurz dabei sind: »Last in, first out.« Hart getroffen sind daher einmal mehr die Krisenstaaten; in Griechenland und Spanien bleibt jeder zweite unter 25, der Arbeit sucht, ohne Job. Das Muster jedoch zieht sich quer über den Kontinent. Selbst in so unterschiedlichen Ländern wie Schweden, Rumänien oder Luxemburg ist die Jugendarbeitslosigkeit mehr als drei Mal so hoch wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. Es gibt nicht viele politische Felder, bei denen die EU ein so einheitliches Bild abgibt wie hier: bei den Vereinigten Arbeitslosen von Europa. Für eine ganze Generation steht plötzlich infrage, was lange selbstverständlich war: dass Europa seinen Bürgern persönliche Freiheit und Wohlstand garantiert.

Ohne Frage hat die Krise auf die Jugendarbeitslosigkeit wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. In Irland etwa ist die Quote innerhalb der vergangenen fünf Jahre von unter zehn auf heute über 30 Prozent explodiert. Doch Jugendarbeitslosigkeit ist ein Phänomen, mit dem viele Länder seit vielen Jahren leben. Es ist eben nicht nur krisengemacht.

In Italiens Mezzogiorno zum Beispiel, also in Kampanien, Kalabrien und Sizilien, ist seit Jahrzehnten jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Gleichzeitig sind die Schulabbrecherquoten mit fast 30 Prozent an weiterführenden Schulen in Kampanien extrem hoch. Jugendarbeitslosigkeit ist hier ein strukturelles Problem. Ähnliches gilt für andere Länder, für Finnland oder Frankreich, in denen die Zahlen seit Jahren viel zu hoch liegen. Die Staatsschuldenkrise offenbart jetzt gnadenlos die Missstände, die vielerorts seit Langem herrschen. Dazu zählen geschlossene Arbeitsmärkte, ein Kündigungsschutz, der den Älteren nützt, aber den Jungen den Einstieg schwer macht, mangelhafte Ausbildung und hohe Schulabbrecherquoten (im EU-Durchschnitt 14 Prozent). Bereits vor dem Ausbruch der Finanzkrise hat die Europäische Zentralbank (EZB) in einer Studie auf die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit für die Länder der Euro-Zone aufmerksam gemacht. Jugendarbeitslosigkeit, schreiben die Autoren im Juni 2008, »ist nicht nur ein Problem für die Betroffenen, sondern für die Volkswirtschaften als Ganzes«. Weniger junge Arbeitnehmer bedeuten weniger Innovation, weniger Einnahmen, weniger Wachstum.

2. **Was tut die EU?**

Die europäische Politik hat dennoch lange gebraucht, bevor sie angefangen hat, sich um die Jungen zu sorgen. Vor einem halben Jahr, im Dezember 2011, hat die EU-Kommission eine Initiative »Chancen für junge Menschen« vorgelegt. »Besteht das Risiko einer verlorenen Generation?«, lautete die Frage. Sie kann nur rhetorisch gemeint gewesen sein. Im Januar dieses Jahres haben sich dann erstmals seit dem Beginn der Krise auch die Regierungschefs der 27 Länder über Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unterhalten. Aber gibt es für dieses Problem überhaupt eine europäische Lösung? Und wie könnte sie aussehen?

Das Beispiel Österreich

Der Weg zu Johannes Kopf führt durch eine Seitenstraße unweit des Donaukanals, mit dem Aufzug hinauf, in ein unscheinbares Bürogebäude. Hier, in der Wiener Leopoldstadt, hat der Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) seine Zentrale. Die Einrichtung ist vergleichbar mit der deutschen Bundesagentur für Arbeit. Johannes Kopf, selbst noch recht jung, ist Chef des AMS und derzeit ein viel gefragter Mann. Delegationen aus ganz Europa pilgern hierher, sogar der Präsident der EU-Kommission war unlängst in Wien, um sich zu informieren. Denn Österreich gilt derzeit neben Deutschland und den Niederlanden als gelobtes Arbeitsland; 8,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit reichen für einen europäischen Spitzenplatz.

Was Johannes Kopf seinen Besuchern mit Leidenschaft erklärt, ist ein Modell, von dem viele hoffen, dass es als Vorbild für andere Länder taugen könnte: die österreichische Ausbildungsgarantie. Demnach wird jedem Schulabgänger innerhalb von sechs Monaten eine Lehrstelle angeboten. Findet er diese nicht in einem ordentlichen Betrieb, landet er in einem Lehrbetrieb, den der AMS betreibt. »Unsere Lehrlinge« nennt Kopf die 10.000 Jugendlichen, die, für die Dauer von drei Lehrjahren, quasi vom Staat ausgebildet werden. Hundert Millionen Euro kostet das pro Jahr, eine überschaubare Investition. Die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt ist hoch, das Lehrgeld geringer als in richtigen Betrieben. Die Folge: Etwa die Hälfte der Lehrlinge wechselt nach einem Jahr auf eine ordentliche Lehrstelle.

Ein hübscher Erfolg, nur lässt er sich übertragen?

Im Januar hat der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann auf einem EU- Gipfel die österreichische Ausbildungsgarantie vorgestellt. Die anderen 26 Regierungschefs haben aufmerksam zugehört. Die Partei der Europäischen Sozialisten (PES) fordert genauso wie die SPD in Berlin die europaweite Einführung einer Ausbildungsgarantie. Tatsächlich hat die Regierung in Finnland gerade eine vergleichbare Regelung beschlossen. AMS-Chef Kopf ist dennoch skeptisch: »Sie brauchen die Voraussetzungen dafür. Dazu gehört die duale Berufsausbildung.«

Das System, das Berufsschule und betriebliche Lehre kombiniert, ist in der EU aber noch immer die Ausnahme. Ein Ausbildungsplatz in Österreich ist etwas anderes als in Italien. Dort schauen Azubis beim Friseur oder Tischler noch immer so lange zu, bis dieser sie auch mal die Schere oder den Hobel halten lässt. Der Erfolg einer Ausbildungsgarantie, sagt auch Margherita Bussi vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI), hänge ganz von der Qualität der Ausbildung ab: »Wenn die nicht stimmt, was hilft dann eine Garantie?«

Unterschiedliche Ausbildungssysteme und Arbeitsgesetze, Missstände, die tief in den Strukturen der einzelnen Länder wurzeln: Die europäische Politik stößt bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zwangsläufig an Grenzen. Kann sie überhaupt etwas tun?

Maßnahmen der europäischen Politik

Ende Januar hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an die Regierungschefs jener acht Länder, in denen die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist, einen Brief geschrieben und Hilfe angeboten. Daraufhin sind Experten der EU-Kommission nach Dublin, Bratislava, Madrid und Vilnius geflogen, um mit den nationalen Fachleuten zu beraten. Das vorläufige Ergebnis hat Barroso in der vergangenen Woche den 27 Regierungschefs bei ihrem Abendessen in Brüssel präsentiert. 7,3 Milliarden Euro, die den betroffenen Ländern ohnehin aus EU-Fördermitteln zustehen, werden »umgewidmet«. Sie sollen nun ausschließlich der Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen dienen.

So wird die öffentliche Arbeitsvermittlung in Spanien zusätzlich mit 135 Millionen Euro unterstützt. Auf Sizilien wird ein Plan zur »Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit« finanziert, der rund 50.000 jungen Menschen helfen soll. In Lettland werden die beruflichen Schulen für 44 Millionen Euro modernisiert. Kleine Schritte sind das.

Sofortmaßnahmen, die nach Angaben der Kommission insgesamt 460.000 Jugendlichen zugutekommen sollen. Die Zahl ist eine Schätzung. Anderes, was auf europäischer Ebene geregelt werden muss, dauert länger: die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen, die Förderung der Mobilität, der Aufbau einer europäischen Arbeitsvermittlung. Noch existiert ein europäischer Arbeitsmarkt erst in Ansätzen, trotz der Freizügigkeit.

Am Ende liegt der Schlüssel bei den nationalen Regierungen. Sie müssen ihre Ausbildungssysteme verbessern, das Arbeitsrecht reformieren, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Jungen zum Zuge kommen. Vieles davon wird dauern. Und solange die Wirtschaft insgesamt nicht wieder wächst, sieht es auch für Yassine, Nikoletta und Jessica schlecht aus.

Dennoch zeigt die Diskussion über die Jugendarbeitslosigkeit, wie sich die europäische Politik unter dem Druck der Krise allmählich verändert. Die Regierungschefs, die nun fast monatlich in Brüssel zusammenkommen, kennen mittlerweile die Stärken und Schwächen ihrer Nachbarn. Sie vergleichen sich – und lassen sich vergleichen. Im besten Fall lernen sie voneinander. Ein Vortrag wie der des Österreichers Fayman wäre noch vor Kurzem von den Kollegen als Anmaßung empfunden worden. Nun hatte ihn der EU-Ratspräsident ausdrücklich darum gebeten. Im April mussten alle 27 Mitgliedsstaaten in Brüssel nationale Reformpläne vorlegen. Die Kommission hat sie geprüft und, mit Anmerkungen versehen, in dieser Woche zurückgegeben. Ausdrücklich hatte sie auch um einen »Jobplan« gebeten. Zwingen kann die Brüsseler Behörde die Regierungen allerdings kaum.

Aus: Matthias Krupa: In Europa, verdammt!, ZEIT ONLINE vom 31.5.2012
<http://www.zeit.de/2012/23/Analyse-Jugend> (Abruf vom 20.3.2014)

Arbeitsaufträge:

1. Worin zeigt sich die Dramatik der Jugendarbeitslosigkeit in Europa besonders? Ergänze die Einträge im Plakat.
2. Kennzeichne die Wege, die in Österreich und Deutschland zur Lösung des Problems gegangen werden.
3. Wo zeigen sich neue Wege zu Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Europapolitik? Wie beurteilst du die Erfolgsaussichten? Notiere die Ergebnisse unter "Perspektiven" und "eigenes Urteil" (stichwortartig)

